

Schulverwaltungsblatt für Niedersachsen

11/1995

Bade, Klaus J. (Hrsg.): Das Manifest der 60. Deutschland und die Einwanderung. C. H. Beck, München 1994. 231 S.; 14,80 DM.

Der brisante Kern der Einwanderungsproblematik: Asylbewerber und Flüchtlinge, bleibt expressis verbis ausgespart. Daher skizzieren das „Manifest“ (S. 13–16) der sechzig unterzeichnenden Wissenschaftler, die zehn Thesenausführungen (S. 16–59) mit den sie erläuternden Beiträgen (S. 66–225) die moderate Fassung von Migration, Integration und Minderheiten, zudem aus der Sicht und mit den Zielvorgaben des Einwanderungslandes Deutschland. Informationen über die Rahmenbedingungen, die Handlungsspielräume und Zukunftsaussichten sollen eine möglichst vorurteilsfreie Diskussion und eine neue staatliche Einwanderungspolitik in Gang setzen, ferner das gegenseitige Verständnis von deutscher Mehrheit und zugewanderten Minderheiten zum Zwecke des inneren Friedens fördern. Daß Deutschland ein Einwanderungsland ist, wird zwar offiziell verschwiegen, doch ist aus Gründen der Zukunftssicherung des Sozialstaates schon längst nicht nur durch die freie Wohnorts- und Berufswahl für die EG-Bewohner akzeptiert. Dramatisch sind die politisch-religiösen Probleme bei der moralisch gebotenen Integration der Ex-Jugoslawien-Kriegsflüchtlinge, der Kurden und im Hinblick auf den islamischen Fundamentalismus, berücksichtigt man z. B., daß von den 2 Millionen Türken in Deutschland 150 Tausend in Berlin leben und Berlin damit die drittgrößte türkische Stadt mit allen innertürkischen und religiösen Konflikten ist. — Vordergrundig umfaßt das Einwanderungsproblem zehn Kapitel: Tabu Migration; Bevölkerung und Wanderung: weltweit und in Europa; Bevölkerung und Wirtschaft in Deutschland; Multikulturalismus; Ethnische Vielfalt und Akkulturation; Familie, Jugend, Bildungsarbeit; Ethnizität und Recht; Zuwanderungsrecht und Staatsbürgerschaft; Das Ende der Lebensläufe: Plädoyer für eine neue Einwanderungspolitik. Neben vielen sachdienlichen Informationen und neuen Hintergrundfakten - wenn auch das statistische Material nicht systematisch vorgestellt und analysiert ist - liest man Oberflächliches und Selbstverständliches: Je jünger, motivierter und qualifizierter die Einwanderer sind, desto günstiger ihr Einfluß auf die Volkswirtschaft (S. 33); die Schule fördere mit ihrer kompensatorischen Erziehung die Anpassung und nicht die interkulturelle Erziehung (Kapitel 7.3; S. 176–179), sie solle verstärkt auch als Sozialisationsfaktor wirken (S. 47), zumal die Deutschen nicht von ihrem völkisch-ethnischen Nationalstaatsverständnis ließen (S. 35). Daher sollen die Politiker die System-Integration der Einwanderer bei gleichzeitiger Erleichterung der Sozial-Integration (S. 41–42) durchsetzen; konkret: Einrichtung einer Bundes-Immigrationsbehörde; Kontingentierung und Quotierung; mindestens 350 Tausend pro Jahr; für die ethnische Gruppenbildung bieten sich drei Lösungswege an: Laissez-faire, Korporatismus (Variante: politische Akkulturation) und Akkodomation bzw. Assimilierung (S. 148–163). — Das „Manifest“ leistet wertvolle Aufklärungsarbeit, die um so notwendiger ist, je stärker sich nach der Einigung und durch eine verfehlte Einwanderungspolitik xenophobe Tendenzen verselbständigen.

Lothar Struss